

Kommunalpolitische Plattform 2012

Sozialdemokratische Politik

für

**attraktive und zukunftsfähige
Kommunen in Thüringen**

**Zehn-Punkte-Programm zur Kommunalwahl
am 22. April 2012**

Präambel

In den Kommunen erfahren die Bürgerinnen und Bürger direkter und konkreter die Auswirkungen von Politik als auf allen anderen Ebenen. Hier sind die Lebensorte, in denen sich durch freie, demokratische und gerechte Verhältnisse eine solidarische Gesellschaft entfalten kann und muss. Qualifizierte Bildung und Ausbildung, Gute Arbeit, gerechte Löhne familienfreundliche Infrastruktur, Wohlstand für alle, gesellschaftliche Teilhabe, die Energiewende und der Kampf gegen den Rechtsextremismus – all das sind Aufgaben, die in den Städten, Gemeinden und Landkreisen realisiert werden müssen. Damit kann auch der demografischen Herausforderung insgesamt erfolgreich begegnet werden und zugleich erreicht werden, dass junge Menschen in Thüringen bleiben.

Neben neuen Ideen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung - bei gleichzeitigem Schutz der natürlichen Ressourcen - brauchen wir mutige Investitionen, ohne die es kein weiteres Wachstum geben wird. Das gilt für die Öffentliche Daseinsvorsorge ebenso wie für Bildung und Arbeit. Der Öffentliche Personennahverkehr, der Schwimmbad- oder Konzertbesuch, die Nutzung von Sportstätten, der Besuch von Kindertagesstätten und die vielfältigen Angebote der sozialen Infrastruktur müssen für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich und bezahlbar sein und bleiben.

Mehr Investitionen in Infrastrukturbereiche wie Energie, Verkehr, Wasser, Abwasser, oder Breitbandanschlüsse ermöglichen solide Lebensbedingungen in den Thüringer Gemeinden und stärken den Wirtschaftsstandort. Für die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden. Eine Privatisierung leistungsfähiger und rentabler öffentlicher Unternehmen schwächen in der Regel den Handlungsspielraum von Städten und Gemeinden. Damit erzielte Gewinne erweisen sich vielfach als nicht nachhaltig.

Eine offene Gesellschaft, moderne und bürgernahe Verwaltungen, transparente Entscheidungsprozesse, Partizipationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, gerechte Löhne, hohe Lebensqualität, gute soziale Dienstleistungsangebote, familienfreundliche Infrastruktur und Arbeitsbedingungen, Bildungs- und Berufschancen sowie die Vorteile der Energiewende sind die Voraussetzungen und bedeuten eine gute Zukunft für Thüringen. Um dies zu erreichen und zu verstetigen, brauchen wir in den Kommunen und im Land eine starke SPD.

Unsere sozialdemokratischen OberbürgermeisterInnen, BürgermeisterInnen, Landräte und Landrätinnen stehen als Amtsinhaber und als Kandidaten für Bürgernähe, Verlässlichkeit und eine engagierte, soziale und gerechte Kommunalpolitik. Sie bieten die Gewähr für attraktive, zukunftsfähige und familienfreundliche Städte, Gemeinden und Landkreise.

Diese Chance wollen wir nutzen.

1. Mehr finanzielle Handlungsspielräume vor Ort schaffen

Damit die Kommunen den Ansprüchen gerecht werden können, die ihre Bürger an sie stellen, benötigen sie eine angemessene Finanzausstattung. Mit der Praxis der letzten Jahre, den Kommunen immer mehr Aufgaben zu übertragen und ihnen dafür immer weniger Geld zur Verfügung zu stellen, muss Schluss sein!

Wir brauchen eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs, die die Städte und Gemeinden vor weiteren Kürzungen bewahrt, für eigene Einnahmen Anreize schafft, sozial verträgliche Gebühren und Beiträge gewährleistet und neue Handlungsspielräume eröffnet.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen hängt von der Unterstützung notwendiger Investitionen ab. Diese beeinflussen existentiell die Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort. Wir wollen die Herausforderungen des demografischen Wandels mit einer solidarischen Förderpolitik erfolgreich bewältigen. Strukturschwache Regionen müssen gestärkt werden.

Wir setzen uns ein für

- den Erhalt der Investitionspauschale. Diese trägt dem Gedanken der kommunalen Selbstverwaltung am besten Rechnung
- eine Auftragskostenpauschale, die die tatsächlichen Kosten für die Kommunen deckt
- eine Funktional- und Gebietsreform, die leistungsfähige Kommunen ermöglicht und
- weitere finanzielle Handlungsspielräume eröffnet
- eine Entschuldungshilfe für finanzschwache Kommunen
- sowie einen kommunalen Investitionsfonds, der den Kommunen die notwendigen Gelder im Bedarfsfall zur Verfügung stellt.

2. Kommunale Wirtschaft stärken

Entscheidende Träger der Thüringer Wirtschaft sind die kleinen und mittleren Unternehmen. Sie erwirtschaften einen Großteil der Thüringer Wertschöpfung. Starke Unternehmen brauchen leistungsfähige Kommunen. Moderne kommunale Unternehmen sind das ökonomische und finanzielle Rückgrat der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie schaffen den Spielraum für die ökonomische Umsetzung demokratischer Entscheidungen.

Die öffentliche Wirtschaft ist die Voraussetzung für wettbewerbsfähige, sozial und ökologisch nachhaltige marktwirtschaftliche Strukturen. Ohne funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge sind qualifizierte Fachkräfte, Kinderbetreuung, effektive Verwaltungen und attraktive Infrastrukturen nicht zu haben. Kommunale wirtschaftliche Betätigung ermöglicht Wettbewerb, verhindert monopolistische Preistreiberei und reduziert somit die Produktionskosten.

- Wir brauchen daher ein modernes kommunales Wirtschaftsrecht, das einer wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen keine Steine in den Weg legt. In Thüringen ist eine entsprechende Änderung der Kommunalordnung dringend erforderlich.

3. Die breite Bildungslandschaft weiterentwickeln

Die Kommunen sind die Träger öffentlicher Schulen. Sie garantieren ein breites, wohnortnahes Schulangebot und sorgen für gleiche Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler. Zu einem umfassenden Bildungsangebot tragen die Gemeinschaftsschulen und Ganztagschulen bei, für die wir uns nachdrücklich einsetzen. Betreuungs- und Freizeitangebote nach dem Ende der offiziellen Schulzeit helfen Schülerinnen und Schülern, sich weitere Kompetenzen anzueignen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration. In Thüringen arbeiten Grundschule und Hort zusammen, um die Qualität der Ganztagsbetreuung weiter zu verbessern. Deshalb beschreiten wir neue Wege, den Hort mit Angeboten von Vereinen und Kultureinrichtungen in der Region zu verknüpfen. Die Kommunalisierung der Horte macht jedoch nur dort Sinn, wo Kommunen in der Lage sind, die ausreichende Finanzbasis zu garantieren und qualitativ hochwertige Angebote zu machen.

Sozialdemokratische Bildungspolitik setzt darauf, Netzwerke zu schaffen, die auf lokaler Ebene Schulen und Bildungseinrichtungen mit anderen gesellschaftlichen Akteuren verbinden. Davon profitieren alle: Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Vereine, Verbände und Kultureinrichtungen.

In Thüringen haben wir dank des von der SPD maßgeblich unterstützten und im Koalitionsvertrag verankerten Volksbegehren „Für eine bessere Familienpolitik“ ein im bundesweiten Vergleich exzellentes Kindertagesstätten-Angebot.

Mit dem neuen Kindertagesstätten-Gesetz sind die Voraussetzungen für eine moderne frühkindliche Bildung geschaffen. Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr, gute Personalausstattung, gestärkte Elternmitbestimmung, individuelle Förderung und gemeinsamer Besuch der Kindertagesstätten von Kindern mit und ohne Behinderung sind nun noch besser möglich. Dieses Gesetz sorgt für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sichert damit auch die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Thüringen. Es ist die wesentliche Grundlage für familienfreundliche Städte und Gemeinden in ganz Thüringen. Es ist die sozialdemokratische Antwort auf die demografischen Herausforderungen – eine Antwort, die uns Stolz macht. Dieses Niveau zu erhalten und dafür zu sorgen, dass die Möglichkeiten des neuen Kindertagesstätten-Gesetzes vor Ort optimal genutzt werden, bleibt unser Ziel.

4. Kulturelle und soziale Infrastruktur sichern

In Thüringen ist Kultur allgegenwärtig. Neben dem einmaligen kulturellen Erbe bestimmt die künstlerische Innovation die unverwechselbare Identität des Kulturlandes Thüringen. Kultur stiftet Identität und bedeutet Lebensqualität. Kulturangebote müssen allen offenstehen. Die Kommunen tragen einen Großteil der Ausgaben für Theater, Orchester, Museen, Bibliotheken, Musikschulen, regionale Breitenkultur und soziokulturelle Projekte. Sie benötigen eine solide Finanzausstattung, um auch in Zukunft ein attraktives und allen zugängliches Kulturangebot zu ermöglichen.

Sozialpolitik ist ein zentraler Bereich der Kommunalpolitik. Soziale Projekte, kulturelle und sportliche Angebote liegen fast ausschließlich in kommunaler Verantwortung. Diese Angebote sind häufig die ersten, die bei knapper Haushaltslage dem Sparzwang zum Opfer fallen müssen. Dabei sind sie es, die das Wohnumfeld attraktiv, zukunftsfähig und familienfreundlich gestalten. Sie zählen zu den „weichen“, aber wichtigen Standortfaktoren.

Ohne bedarfsgerechte soziale Dienstleistungsangebote wie Sport, Jugendclubs, Eltern-Kind-Zentren, Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen, Seniorentreffpunkte, ärztliche Versorgung, Pflegeangebote, Streetworker, Sportvereine, Stadtfeste oder freiwillige Feuerwehr ist eine Kommune nicht zukunftsfähig. Fallen derartige Ausgaben dem Rotstift zum Opfer, sinkt die Attraktivität der Kommunen, verschlechtern sich die Lebensbedingungen, wird die Abwanderung junger Menschen forciert und sind die Projekte später kaum wieder aufzubauen. Kommunen brauchen daher eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung.

Die aktuelle Bewirtschaftungsreserve des Finanzministers im Landeshaushalt gefährdet vor allem die sogenannten freiwilligen Leistungen. Wir lehnen sie ab.

Wir setzen uns ein für

- umfassende Sicherung unserer sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen durch eine solide und verlässliche Finanzausstattung
- eine Unterstützung der Kommunen im Kampf gegen Kinder- und Familienarmut
- eine verlässliche Finanzierung der Förderung von Schulsozialarbeit
- die Gewährleistung einer auch künftig guten ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung für alle und die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes der Kommunen
- einen fairen und solidarischen finanziellen Ausgleich bei den besonderen kommunalen Aufgaben im kulturellen Bereich. Dieser soll insbesondere diejenigen Kommunen unterstützen, die ein attraktives kulturelles Angebot anbieten, das auch von Bürgerinnen und Bürgern der Nachbarkommunen genutzt wird. Dabei sind Bestandserhaltung und die Entwicklung neuer künstlerischer und kultureller Profile gleichermaßen im Blick zu behalten.

5. Aktive Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik

Kommunalpolitik ist auch Beschäftigungspolitik. Insbesondere die berufliche Integration Benachteiligter und Langzeitarbeitsloser sowie von Menschen mit Behinderungen erfordert kommunales Engagement und ein gemeinsames Vorgehen aller Arbeitsmarktakteure. Bedarfsgerechte Angebote zur sozialen Integration und Qualifizierung sowie lokale Investitionen tragen zu einer zielgerichteten Vermittlung von Menschen in Arbeit bei. Kontraproduktiv ist die Kürzungspolitik der Bundesregierung über eine sogenannte Reform des Sozialgesetzbuches II. Sie nimmt den Kommunen Handlungsspielräume, beschneidet erheblich die Chancen eines zweiten Arbeitsmarktes und erschwert die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt.

Wir stärken die Kommunen, damit sie eine aktive Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik betreiben können. Dazu gehören das Landesarbeitsmarktprogramm, die Kampagne „*Thüringen braucht dich*“, öffentlich geförderte Beschäftigung, die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen und mehr Qualifizierungs- und Betreuungsprojekte.

6. Energiewende vorantreiben - kommunale Wirtschaft stärken

Eine Energiewende ist Konsens über alle Parteigrenzen hinweg. Wer die Umstellung auf erneuerbare Energien konsequent vorantreiben will, muss die Kommunen mitnehmen.

Energieversorgung ist Daseinsvorsorge.

Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kommunen auch stärker energiewirtschaftlich tätig sein können. Dazu benötigen wir Änderungen im Planungs- und im Kommunalrecht.

Außerdem wollen wir die kommunalen Strukturen stärken, z.B. in Form von Energiegenossenschaften, durch bürgernahe, stabile und günstige Energieversorgung. Dies schafft auch Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort. Wo eine Rekommunalisierung der Energieunternehmen Vorteile für die Kommunen bringt, unterstützen wir diese.

Kleinere und mittlere Unternehmen brauchen verlässliche und leistungsfähige kommunale Partner, die ihre Leistungen zu fairen Konditionen anbieten können. Damit Gemeinden und ihre Unternehmen diese Aufgaben dauerhaft erfüllen können, muss das kommunale Wirtschaftsrecht von den Restriktionen der aktuellen Kommunalordnung befreit werden. Nur dann können die Gemeinden im Wettbewerb mit anderen Anbietern bestehen.

Stadtwerke sollen in die Lage versetzt werden, selbst mehr erneuerbaren Strom zu produzieren.

7. Tourismus stärken

In Thüringen sind Tradition und Kultur lebendig erlebbar. In der Tourismusbranche steckt noch mehr Potenzial, von dem vor allem die Kommunen profitieren können. Jeder zusätzliche Besucher stärkt die regionale Wirtschaft - durch Übernachtung und Konsum.

Eine Verbesserung des Tourismusmarketings wirkt sich unmittelbar auf die kommunale Wertschöpfung aus und schafft Voraussetzungen für weiteres Wachstum.

Wir setzen uns ein für

- eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung der Tourismusförderung
- kommunale Netzwerke und die Förderung qualitativ hochwertiger touristischer Angebote und eine verbesserte Kooperation zwischen dem Freistaat und den Kommunen
- ein weiteres Wachstum der Zahl der Übernachtungen und der Umsätze in der Tourismusbranche

8. Verkehrsinfrastruktur ausbauen

Eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und für optimale Lebensbedingungen ist eine gut ausgebaute und funktionierende Infrastruktur. Sie sichert nicht nur eine zeitgemäße Mobilität, sondern entlastet Kommunen auch ökologisch.

Zur Infrastruktur gehört der Öffentliche Personennahverkehr als wesentlicher Bestandteil der Öffentlichen Daseinsvorsorge. Er muss in den Kommunen gestärkt werden und bezahlbar bleiben.

Wir setzen uns ein für

- eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung, die es den Kommunen ermöglicht, ihre regionalen Straßen auszubauen, erneuern und instand zu halten
- ein kommunales Straßensanierungsprogramm
- einen mittelfristigen Bedarfsplan wichtiger Verkehrsprojekte, das u.a. auch Umgehungsstraßen und Autobahnanschlüsse beinhaltet
- einen Ausbau überregionaler Verkehrsverbände

9. Kein Raum für Nazis

Nationalistisches Gedankengut, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit verletzen die Würde des Menschen (Grundgesetz Art. 1: „*Die Würde des Menschen ist unantastbar*“) und widersprechen unserer demokratischen Ordnung. Mit dem „*Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz*“ werden wir die strukturellen Beratungsangebote bedarfsgerechte sichern und durch lokale Aktionspläne Bündnisse vor Ort stärken, die sich zivilgesellschaftlich engagieren und ein demokratisches Miteinander befördern. Wir erwarten von allen Parteien und gesellschaftlichen Kräften, die Augen nicht länger vor den Gefahren des Rechtsextremismus zu verschließen und gemeinsam mit der SPD aktiv Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu bekämpfen.

Wir lassen den Neonazis - egal in welchem Gewand sie in Erscheinung treten - keinen Raum und begegnen mit größter Aufmerksamkeit auch ihren getarnten Aktivitäten in unserer Gesellschaft.

Wir setzen uns ein für

- eine finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus durch Mittel des Freistaates
- eine optimale Beratung und Unterstützung von Kommunen in konkreten Fragen der Bekämpfung des Rechtsextremismus
- eine wechselseitige solidarische Unterstützung von Kommunen im Rahmen der Initiative „*Kommunen gegen Rechtsextremismus*“

10. Für eine solidarische Gesellschaft – solidarische Mehrheiten erstreiten

Wer eine solidarische Gesellschaft will, braucht solidarische Mehrheiten. Wir streiten gemeinsam für starke Kommunen und eine starke Gesellschaft, für die wirtschaftliche und solidarische Zukunft unseres Landes.

Unsere Zukunft braucht eine starke SPD

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bestimmen in Thüringen maßgeblich und erkennbar zukunftsweisende Themen, entwickeln Konzepte und geben Antworten. Das bringt unsere Kommunen und damit auch unser Land voran.

Ein Blick auf die Thüringer Situation zeigt: Dort, wo Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Kommunen führen bzw. in ihnen mitregieren, sind die Städte, Gemeinden und Landkreise attraktiv und wettbewerbsfähig. Hervorragende Schulen und Kindertagesstätten, eine funktionierende soziale Infrastruktur und richtungweisende Entscheidungen in Energie- und Wirtschaftsfragen sind Früchte sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Wir werden diese Erfolge sichern und unsere Gestaltungsmöglichkeiten weiter ausbauen!

Unsere OberbürgermeisterInnen, BürgermeisterInnen, Landräte und Landrätinnen brauchen dafür eigene Mehrheiten und zuverlässige Partner. Wir wissen, diese Bündnisse sind immer abhängig von den handelnden Personen vor Ort. Vielfach unterstützen sich Sozialdemokraten und die Linken bzw. die Grünen sehr erfolgreich. An anderen Orten arbeiten wir mit konservativen Parteien bzw. mit den Freien Wählern zusammen.

Wir werden gemeinsam bis zum 22. April bei den Bürgerinnen und Bürgern für unsere Ziele werben, damit die SPD gestärkt aus den Kommunalwahlen hervorgeht.

Die Zukunft unseres Landes gelingt nur mit einer starken SPD!